

## **B e s c h l u s s**

### **Energiekostenexplosion stoppen - Verbraucher und Unternehmen entlasten**

Der Landtag hat in seiner 76. Sitzung am 18. März 2022 folgenden Beschluss gefasst:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
  1. die deutlichen Preissteigerungen bei Strom, Treibstoffen, Öl und Gas ein für Verbraucher wie auch Unternehmen kaum noch tragbares Maß erreicht haben;
  2. die derzeitigen Energiekosten in Deutschland und Thüringen höher sind als in der Mehrzahl der europäischen Nachbarländer, was zu Belastungen bei den Verbrauchern und Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft führt;
  3. es notwendig ist, die Energieabhängigkeit Deutschlands von einzelnen Ländern zu reduzieren; dazu braucht es einen klugen Energiemix, der unter anderem auch aus dem Zubau im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Sonne, Biomasse, Wasserkraft, Geothermie und Windkraft besteht;
  4. es aber gleichzeitig auch kurzfristiger Maßnahmen bedarf, um eine Überforderung der Verbraucher und einen Zusammenbruch einzelner Wirtschaftszweige zu verhindern;
  5. insbesondere die energieintensiven Unternehmen durch die Entwicklung in Schieflage geraten, da die Kosten von Strom und Gas für diese den Hauptbestandteil der Kosten ausmachen und sie kaum Möglichkeiten haben, diese weiterzugeben.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf,
  1. ein "Nothilfeprogramm für energieintensive Unternehmen" zu entwickeln und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf Bundesebene ein landeseigenes Kreditprogramm mit Tilgungszuschüssen für Energiemehrkosten zu prüfen;
  2. insbesondere für energieintensive Unternehmen das unabhängige Angebot zur Energieberatung zu verstärken;
  3. auf dem Weg in die angestrebte Energieunabhängigkeit Thüringens gemeinsam mit der Wirtschaft Referenzprojekte zu entwickeln.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich zur Entlastung der Verbraucher auf Bundesebene dafür einzusetzen,
  1. die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 abzusenken;
  2. die Energiesteuer auf europäischer Ebene zu harmonisieren;
  3. die Pendlerpauschale auf mindestens 38 Cent anzuheben und bürgerfreundlich weiterzuentwickeln.

- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich zur Entlastung der Thüringer Unternehmen auf Bundesebene dafür einzusetzen,
1. dass die für den Ausgleich der Schwankungen bei erneuerbaren Energien benötigten Energiespeicher, wie zum Beispiel die vorhandenen Pumpspeicherkraftwerke, als Beitrag zum Grundlastausgleich und zur Spitzenlastsicherung angesehen werden, mit dem Ziel, dies bei der Berechnung der Stromnetzentgelte entsprechend zu berücksichtigen;
  2. dass die Glasindustrie in die Liste der Branchen aufgenommen wird, die Anspruch auf Strompreiskompensation (Beihilfen für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten) haben;
  3. die Stromsteuer im Rahmen einer europäischen Harmonisierung zu reduzieren und Maßnahmen zu ergreifen, die Energieeffizienz insgesamt zu erhöhen;
  4. einen global wettbewerbsfähigen, europaweiten Industriestrompreis einzuführen.

Birgit Keller  
Präsidentin des Landtags